

**Staatsanwaltschaft****Traunstein****Zweigstelle Rosenheim****Aktenzeichen: 440 Js 6150/02**

(Bitte stets angeben)

Telefon-Nr.: 08031/8074-0  
Telefax-Nr.: 08031/8074-500  
Durchwahl-Nr.: 08031/8074542  
Sachbearbeiter: Herr StA Schober

Staatsanwaltschaft Traunstein, Zweigstelle Rosenheim  
Königstrasse 7, 83022 Rosenheim

Rosenheim, 06.03.2002/bum

Herrn  
Karl **Krafeld**  
Albrechtstraße 17  
44137 Dortmund

Strafanzeige vom 11.11.2001

gegen Dr. Simon Weber  
wegen Beleidigung

Sehr geehrter Herr Krafeld,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens habe ich mit  
Verfügung vom 27.02.2002 gemäß § 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung  
abgesehen.

**Gründe:**

Der Anzeigeerstatter begehrt die strafrechtliche Verfolgung des  
Beschuldigten wegen übler Nachrede, § 186 StGB.

Nach Aktenlage ist kein strafbares Verhalten des angezeigten  
Dr. Weber gegeben. Der Anzeigeerstatter ist 1. Vorsitzender des  
Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V.", der  
der derzeitigen Impfpraxis offensichtlich ablehnend gegenüber  
steht. Der Beschuldigte Dr. med. Simon Weber ist Vorsitzender  
des ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim, der in einem Interview  
gegenüber dem Oberbayerischen Volksblatt sich zu den Aussagen  
des Vereins Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. geäu-  
sert hat.

! Diese Äußerungen werden in der Ausgabe des OVB vom 29./  
30.09.2001 unter anderem wie folgt wiedergegeben:

Ferner habe sich der ärztliche Kreisverband mit der Satzung des  
Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V." befaßt  
und festgestellt, daß einige Passagen vermutlich sogar eine



- 2 -

Verunglimpfung der staatlichen Organe darstellten. Der ärztliche Kreisverband werde sich deshalb umgehend an die Bayerische Staatsregierung wenden und darum bitten, diesen Verein näher unter die Lupe zu nehmen.

Die Äußerungen des Vorsitzenden des ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim sind gemäß § 193 StGB durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigt. Es handelt sich um eine öffentliche Äußerung eines Vorsitzenden eines ärztlichen Berufsverbandes zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse.

Aus diesem Grund ist das Grundrecht der freien Meinungsäußerung bei der Beurteilung der Zulässigkeit der beanstandeten Äußerungen von besonderer Bedeutung. Bei der gebotenen Abwägung zwischen dem Schutz der Ehre der Verantwortlichen des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V." einerseits und dem Recht des Dr. Weber auf freie Meinungsäußerung andererseits kommt letzterem hier das größere Gewicht zu.

Im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung kann es dem Vertreter der ärztlichen Standesvertretung nicht untersagt werden, auch Vermutungen zu äußern, solange die Auseinandersetzung im Kern an der Sache orientiert bleibt. Die entsprechenden Äußerungen sind durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war deshalb abzusehen.

Etwas zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Hochachtungsvoll

gez. Schober  
Staatsanwalt

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.